Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 863.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 9. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Die ganze berliner Post ist heute ausgeblieben.

Politische Uebersicht.

Posen, 9. Dezember.

Die Frage des Anschlusses von Hamburg und Bremen an den Zollverein scheint wieder in den Vordergrund treten zu sollen. Nach den ersten bez. Anfragen, welche von hier aus ergangen waren und ohne direkte Antwort blieben, konnte man annehmen, daß die ganze Angelegenheit vorläufig auf sich beruhen würde. Die Anfragen sind indessen, wie man der „N. Z." schreibt, erneuert worden und es soll jetzt namentlich von Hamburg aus, eine Rückäußerung erfolgt sein, welche annehmen läßt, daß der Sache nunmehr näher getreten wird.

Der Zentral-Verein für Sozialreform, der gerade jetzt vor zwei Jahren durch den vielgenannten Pfarrer Todt in's Leben gerufen und als dessen Organ der „Staats-Sozialist" gegründet wurde, scheint seiner Auflösung entgegenzugehen. In einer vor einigen Tagen in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Vereins erklärte, wie die „Mgd. Z." berichtet, der Vorsitzende, Pastor Todt, die Redaktion des „Staatssozialist" niederlegen zu müssen. Unter den mancherlei Vorschlägen, die in Betreff der Fortführung des Blattes erwogen wurden, war besonders der des Hofpredigers Stöcker bemerkenswerth, „das Blatt in der Art der christlich-sozialen Blätter der Kirche näher zu führen", d. h. mit anderen Worten, dasselbe der christlich-sozialen Agitation des Abgeordneten für Bielefeld zur Disposition zu stellen. Derselbe erklärte sich seinerseits sofort bereit, das Blatt zunächst dadurch zu unterstützen, daß er die Verhandlungen und Reden der christlich-sozialen Arbeiterpartei in demselben veröffentliche, wodurch ja freilich den Lesern desselben ein Genuß in Aussicht gestellt wird, der seine Zugkraft nicht verfehlen wird. Ueberhaupt macht der gesammte Verlauf der Verhandlung den Eindruck, daß es nur darauf ankam, den Zentralverein für Sozialreform, der ja ursprünglich auf einer breiteren Basis ins Leben gerufen wurde, und jeder religiösen Anschauung mit Ausschluß des Atheismus den Zutritt offen hielt, mit der christlich-sozialen Arbeiterpartei zu vereinigen und den ersteren dadurch unter die straffere Zucht des Herrn Stöcker zu stellen. Es war nicht schwer, aus den Verhandlungen den Zwiespalt herauszuhören, der zwischen den etwas zahmeren sozialen Reformbestrebungen des Herrn Todt und dem aggressiven Vorgehen des christlich-sozialen Agitators je länger, je mehr hervorgetreten ist. Während Herr Pfarrer Todt gegen den Namen „christlich-soziale Arbeiterpartei" Bedenken äußerte, da dieser Name bei den sogenannten besseren Ständen Anstoß errege und dem sozialen Frieden zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen nicht förderlich sei, trat Hofprediger Stöcker grade für denselben ein, da er geeigneter sei, den sozial-politischen Charakter der Bestrebungen zu dokumentiren, als der Name: Verein für Sozialreform. Jedenfalls erwies sich Herr Stöcker auch hier in echter Demagogen-Art als der konsequentere, im Vergleich zu dem mehr ideal gerichteten Herrn Todt. Immerhin wird man den Letzteren nur beglückwünschen können, wenn er zu der Einsicht gelangt ist, daß die ganze soziale Agitation, die er anfangs in Gemeinschaft mit Herrn Stöcker, später auf anderem Wege als dieser betrieben hat, mit dem Amte eines Geistlichen und mit der für diesen unentbehrlichen Sammlung nicht vereinbar ist, und auch für Herrn Stöcker wird sich unserer Ueberzeugung nach mit der Zeit nur die Alternative herausstellen, entweder auf den Talar und die Kanzel oder auf die Tribüne des politischen Agitators zu verzichten. Es gilt auch hier das Wort: Niemand kann zweien Herren dienen. Das Resultat der erwähnten Verhandlungen war übrigens der Beschluß: den Vorstand des Zentralvereins für Sozialreform zu beauftragen, mit dem Vorstande der „christlich-sozialen Arbeiterpartei" eine Fusion anzubahnen und somit die letztere Partei für Erhaltung des „Staatssozialist" zu gewinnen. Wir gratuliren zu dieser Verstöckerung.

Die Unterrichtskommission berieth in ihrer Freitags-Sitzung in Gegenwart des Regierungskommissars, Geh. Ober-Reg.-Rath Naffel, eine Petition der Stadt Sigmaringen, dahin gehend, es solle die Verfügung vom Jahre 1868 aufgehoben werden, wonach die dortige evang. private Volksschule zu einer öffentlichen erklärt ist. Schon dreimal hat die Stadt Sigmaringen deshalb petitionirt; jetzt bittet sie zum vierten Male um Berücksichtigung ihrer Petition. Der Regierungskommissar erklärte, es könne die Ministerialverfügung vom Jahre 1868, wonach angeordnet sei, daß eine evangelische öffentliche Schule zu errichten, nicht wieder aufgehoben werden. Die Regierung halte die Stadt Sigmaringen nicht für verpflichtet zur Unterhaltung der dortigen evangelischen Schule, es könnte ihr vielleicht empfohlen werden, den Wittwenkassenbeitrag, den jene öffentliche Schule zu leisten habe, zu übernehmen. In Folge dessen wird, nachdem die Diskussion über die Anfrage des Abg. Röckerath, wer denn die Kosten für die Unterhaltung einer besonderen Schule für etwa 45 Kinder einer konfessionellen Minorität zu tragen habe, abgelehnt war, der Antrag des Abg. Brüel mit Majorität angenommen: „Nach der von dem Herrn Regierungskommissar abgegebenen Erklärung, daß die Staatsregierung die Stadtgemeinde Sigmaringen zu Leistungen für die evangelische Schule nicht weiter für verpflichtet erachte, die Petition der Staatsregierung lediglich zur Erwägung der Frage zu überweisen, ob der Stadtgemeinde Sigmaringen Ersatz zu leisten sei wegen der bereits von ihr für den evangelischen Lehrer gezahlten Beiträge zur Wittwenkasse." — Weiter kamen sechs Petitionen aus Schleswig zur Verhandlung, in denen gefordert wurde, daß statt der beiden schulfreien Nachmittage, Mittwoch und Sonnabend, ein ganzer schulfreier Tag, nämlich der Sonnabend, angeordnet werde. Da die Petenten den Instanzenzug nicht innegehalten hatten, wurde auf die materielle Seite der Petitionen nicht eingegangen, es wurden vielmehr dieselben für nicht geeignet für das Plenum erachtet.

Laut telegraphischer Meldung haben die Regierungen von Oesterreich und von Ungarn den betr. parlamentarischen Versammlungen Vorlagen, betreffend die Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland zugehen lassen. Die betreffende, am 4. d. Mts. im ungarischen Unterhause eingebrachte Vorlage hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Das Ministerium wird ermächtigt, den mit Deutschland am 16. Dezember des Jahres 1878 abgeschlossenen und am 31. Dezember 1879 ablaufenden Handelsvertrag (Gesetzartikel 36 vom Jahre 1878) bis zum Abschlusse eines neuen Handelsvertrages, jedoch längstens bis zum 30. Juni 1880 entweder ganz oder theilweise verlängern zu können. Insofern der Vertrag nicht verlängert werden sollte, wird das Ministerium auch dazu ermächtigt, bis zu dem erwähnten Zeitpunkte einzelne Bestimmungen dieses Vertrages im Verordnungswege aufrechterhalten zu können, und insofern sich eine andersartige Regelung der betreffenden Handelsbeziehungen dringend nothwendig erweisen sollte, inzwischen die entsprechenden Verfügungen treffen zu können.

§ 2. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage der Promulgierung in Kraft und wird mit der Durchführung desselben das Ministerium betraut.

Baron Gabriel Kemeny,
Minister für Ackerbau, Handel und Gewerbe.

Der dem Gesetze beigelegte Motivenbericht lautet nach einer Uebersetzung der „N. Fr. Pr." folgendermaßen:

Der mit dem Deutschen Reiche am 16. Dezember 1878 abgeschlossene und in dem Gesetzartikel 36 vom Jahre 1878 inartikulirte Handelsvertrag regelte auf Grund der Meistbegünstigung die volkswirthschaftlichen Verhältnisse zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Deutschen Reiche, und zwar bis zum 31. Dezember d. J. Dieser Vertrag wurde nur auf die Dauer eines Jahres in der Hoffnung abgeschlossen, daß es im Laufe des Jahres 1879 gelingen werde, mit dem Deutschen Reiche einen unseren volkswirthschaftlichen Verhältnissen entsprechenden und auf längere Zeitdauer lautenden Zoll- und Handelsvertrag abzuschließe.n Nicht von der Regierung abhängige Ursachen haben dessenungeachtet bis jetzt noch die Verwirklichung des erwähnten, von ihr auch gegenwärtig für zweckmäßig gehaltenen und als erreichbar betrachteten Zieles unmöglich gemacht, das Deutsche Reich wollte nämlich so lange, bis nicht der allgemeine Zolltarif im Wege der Gesetzgebung festgestellt sein werde, in die Verhandlung eines Handelsvertrags sich gar nicht einlassen. Nachdem aber der deutsche allgemeine Zolltarif Gesetzeskraft erlangt hatte, änderte sich die Lage dem bisherigen Zustande gegenüber so sehr und wurde von Seite des Deutschen Reiches eine von der bisherigen so abweichende Zoll- und Handelspolitik inaugurirt, daß zum Zwecke der Abschließung eines neuen Zoll- und Handelsvertrages man vor Allem die geeignete Basis mit der österreichischen Regierung ins Reine bringen mußte. Diese Verhandlungen erlitten in Folge der im Schooße der österreichischen Regierung eingetretenen Aenderung einen Aufschub, so daß es troß aller Bemühungen erst im Laufe des Monats Oktober möglich war, die Verhandlungen mit der deutschen Regierung behufs Zustandebringung eines neuen Handelsvertrages zu beginnen. Auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens wurde vom 15. November an in Berlin in kommissionellen Sitzungen die Basis der beabsichtigten Zoll- und Handelsvertrages verhandelt, und da trotzdem die im gegenwärtigen Jahre noch zur Verfügung stehende Zeit für die zur Abschließung des neuen Vertrages erforderlichen Detailverhandlungen sich nicht als ausreichend erwies und auch sonst der Umstand, daß das deutsche Parlament erst im Monat Februar tragen wird, das Inslebentreten eines neuen Vertrages von Beginn des künftigen Jahres an als unmöglich herausstellte, so schien es auch einstweilen, bis der definitive Vertrag abgeschlossen und ins Leben gerufen werden kann, nöthig, auch provisorisch mit beiderseitiger Einwilligung einen solchen Zustand in Leben zu rufen, der ohne Zerreißung des bisherigen freundschaftlichen Verhältnisses die ungestörte Fortsetzung der nöthigen Verhandlungen behufs des definitiven Vertrages ermöglicht. Aus diesem Grunde wurden bereits die betreffenden Verhandlungen in Berlin begonnen; da jedoch das Ergebniß der begonnenen Verhandlungen dem Reichstage in dessen noch in diesem Jahre stattfindenden Sitzungen voraussichtlich kaum wird mitgetheilt werden können; da es ferner für den Verlauf der zum Abschlusse des endgültigen Vertrages nöthigen Verhandlungen sehr vortheilhaft ist, daß von Seite des deutschen Reiches uns gegenüber ebenso wie von unserer Seite dem deutschen Reiche gegenüber das möglichst günstige Vorgehen beobachtet werde, dies jedoch mit dem am 31. Dezember k. J. erfolgenden Aufhören des am 16. Dezember 1878 abgeschlossenen Vertrages auf Grund unserer bisherigen Gesetze nicht möglich ist, erbittet sich die Regierung durch den unterbreiteten Gesetzentwurf die Vollmacht dazu, bis zum Abschlusse des neuen Vertrages, und zwar höchstens bis zum 30. Juni 1880, den am 16. Dezember 1878 abgeschlossenen Vertrag entweder in seiner Gänze oder in seinen einzelnen Theilen verlängern zu können oder, wenn ihr diesbezügliches Bestreben aus irgend einem Grunde zu keinem Erfolge führen sollte, jene Maßnahmen treffen zu können, welche zur Erreichung des angestrebten Zieles erforderlich sind, und welche auch bis dahin, wo unsere Verhältnisse durch einen neuen Vertrag endgültig geregelt sein werden, in volkswirthschaftlicher Beziehung die Deutschen bei uns und uns im deutschen Reiche in eine gleiche Lage mit den meistbegünstigten Nationen gelangen lassen.

Der neueste Sieg der französischen Regierung, ein Sieg, bekanntlich mit 243 gegen 104 Stimmen, welche für die motivirte Tagesordnung stimmten, zu der sich das Kabinet im Verlaufe der Verhandlungen mittelbar verstanden hatte: es wird die Reinigung der Beamten zu Ende führen, doch mit Bedacht, und es wird ein Gesetz vorlegen, das dem Beamtenstande Achtung vor der Republik zur Pflicht macht und die Auslegung der Gesetze im tendentiösen Sinne gegen die bestehende Verfassung durch Beseitigung der Reaktionäre erschwert. Im Uebrigen hat Waddington der Kammer dargethan, daß die allgemeinen Vorwürfe, die seinem Kabinet gemacht würden, jedem künftigen Kabinet gemacht werden können, ja, daß sein Kabinet immer noch mehr als ein Kabinet Brisson leisten dürfte, da dessen Anhang auch getheilter Meinung sei und ein Theil desselben nichts geringeres im Schilde führe, als Sturz der Verfassung und Abschaffung des Senats und Konkordats, unbedingte Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Wahl der Maires von Paris und Lyon, statt der Ernennung durch die Regierung. Die Ausführung dieses Programms würde die republikanische Partei in Progressisten und Konservative zerschneiden, während doch nur durch einmüthiges Zusammenwirken die Republik gegründet und aufrecht zu halten sei. Waddington wird sich jetzt wieder überzeugt haben, daß kalter Muth und entschiedene Sprache ihm allein die Autorität verschaffen wird, die ein Ministerpräsident nöthig hat, wenn er nicht auf Dornen sitzen oder zwischen rohen Eiern tanzen will. Von radikaler Seite wurde angekündigt, daß von vorn herein die „Echten" alle und jede Erklärung Waddington's verwerfen wollten: die Mehrheit aber wagte nicht, dieses Todesurtheil zu bestätigen. Ein Ausnahmezustand bleibt es immerhin, daß in Frankreich unter der Republik eine Regierung nicht bloß der Opposition alle Augenblicke Schlachten zu liefern hat, sondern daß, so lange die Kammer beisammen, kaum eine Woche vergeht, wo sie einen Sieg über ihre eigene Mehrheit davontragen muß, um am Ruder zu bleiben. Die Programmreiter haben die Ausrede, daß sie das Weihnachtsgeschäft nicht verderben und deshalb die Austragung ihrer Händel bis nach Neujahr vertagen wollten. Das Kabinet Waddington steht freundschaftlicher als je eine französische Regierung mit dem Auslande; es hat keine präponderirende, aber die vollkommen moderirende Stellung; so lange jedoch die jetzige Kammermehrheit statt eines Felsens von Bronze eine Sandwelle bleibt, die von jedem Winde nach links oder nach rechts bewegt wird, kann ein festes Vertrauen auf den Bestand der dritten Republik in der Meinung Europas nicht gedeihen.

Die Beseitigung des Bischofs Dumont aus der Verwaltung der Diözese Tournai ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft gewesen. Man erfährt jetzt, welche Mittel haben angewandt werden müssen, um dem Widerspenstigen das Absetzungsdekret, wie das kanonische Recht fordert, vorher dreimal zur Kenntniß zu bringen. Die erste Behändigung des amtlichen Schriftstückes übernahm der Nuntius selbst, der eigens von Brüssel nach Tournai fuhr, und als er den Bischof zu sprechen wünschte, von diesem zu Tische geladen wurde. Während des Essens beklagte sich Msgr. Dumont über den Satan, der die Geistlichkeit der Diözese zur Meuterei verführe, und Msgr. Vannutelli mahnte den Aufgebrachten zur Ruhe und Mäßigung. Beim Nachtisch zog der Nuncius das Breve des Papstes hervor, das von niederschlagender Wirkung war. Der Bischof hatte nicht gedacht, daß es schon so weit gekommen sei; doch überwand er bald den ersten Schrecken und sagte zu dem Nuntius: Wenn Sie mir noch einmal solche Mittheilungen zu machen haben, dann nehmen Sie Ihr Mittagessen lieber irgendwo anders ein." Die zweite Behändigung des Breves wurde dem mit Dumont befreundeten Prof. Cartuyvels an der Universität Löwen übertragen; derselbe wußte nichts von dem Inhalt und überreichte das Schriftstück in aller Harmlosigkeit, bekam aber von dem Empfänger ein solches Donnerwetter auf den Hals, daß er schleunigst die Flucht ergriff. Die dritte und letzte Behändigung war die schwierigste, weil der Bischof nun scharf auf der Hut war. Ein im bischöflichen Palast gut angeschriebener ehemaliger päpstlicher Zuave wurde nach Brüssel berufen und dort instruirt, wie er dem Bischof das Breve einhändigen solle. Höchlich erfreut über das ihm erwiesene Vertrauen des heiligen Vaters, übernahm er den Auftrag; als er ihn aber ausführen wollte, schrie der Bischof: „Kommen Sie nicht herein! Ich verbiete es. Sie sind an meine Feinde verkauft." Ganz bestürzt lief der Zuave zu einem Pfarrer und berichtete das Vorgefallene; er sei wie ein Hund behandelt worden und habe doch einen Brief des Papstes zu überbringen gehabt. Der Pfarrer rief: „Was? Einen Brief des Papstes und der Bischof hat ihn nicht annehmen wollen! Da muß ein Irrthum obwalten; ich werde ihn gleich aufklären. Geben Sie mir den Brief!" Im Palais wurde der Pfarrer vom Bischof mit offenen Armen empfangen: „Ah, Sie wenigstens, mein wackerer Pfarrer, Sie kommen, Ihren Bischof in seinen Aengsten zu trösten!" „„O, ich bin ja nicht der Einzige. Ihre Prüfungen sind zu Ende. Hier ist ein Breve des Papstes —"" „O, auch Sie, Sie Verräther!" Und zwei kräftige Ohrfeigen auf die Wangen des harmlosen Vermittlers bestätigten die dritte vom kanonischen Recht vorgeschriebene Behändigung des Absetzungsdekrets. Wie

die amtliche Verkündigung an der Hausthür des Seminars schließlich bewerkstelligt worden ist, haben wir bereits berichtet.

Die neueste australische Post theilt nicht uninteressante Einzelheiten über die energische Art und Weise mit, wie von englischer Seite in den polynesischen Gewässern die maritime Polizei geübt wird. Ihrer Maj. Dampfer „Danae“ war von seiner Kreuzungstour auf der Höhe der Salomoninsel und anderer Südseeinseln zurückgekehrt. Auf der Insel Maru, wo im April ein Engländer ermordet worden, wurden etliche Matrosen gelandet, um die Dörfer und Kähne der Mörder zu zerstören. In dem Handgemenge mit den Eingeborenen ward ein Mann getödtet und zwei verwundet. Ihrer Maj. Schooner „Renard“ hatte die an der Ermordung eines eingeborenen Schulmeisters im vorigen Jahre betheiligten Eingeborenen gezüchtigt und deren Häuser und Plantagen zerstört. Drei Europäer und drei Chinesen, Mitglieder der Mannschaft des Handelsschiffes „Pride of Loga“, wurden von den Eingeborenen in Cloudy Bai, Neu-Guinea, ermordet. Ihrer Maj. Schooner „Beagle“ hat sich nach dem Schauplatz der That begeben, um die Mörder zu bestrafen.

Die preußischen Sparkassen im Jahre 1878.

Die statistischen Nachrichten über das Sparkassenwesen in Preußen, welche theilweise schon im Jahre 1877 eine größere Ausdehnung erhalten hatten, sind zum ersten Male in diesem erweiterten Umfange für das Jahr 1878 vollständig eingegangen. Die Vermehrung der Erhebungen erstreckt sich auf die Angabe über den Betrag der Zinsüberschüsse, des eignen Vermögens der Kasse, über den seit dem Bestehen der Kasse, sowie im laufenden Rechnungsjahre aus dem Reservefonds für öffentliche Zwecke verwendeten Betrag, ferner auf die Angabe der Zinsen, welche die Kasse für Einlagen gewährt und für ausgeliehene Kapitalien erhält, sowie auf die Zahl der ausgegebenen wie zurückgenommenen Sparkassenbücher.

Die Nachtheile, welche für eine scharfe Zusammenfassung der statistischen Nachrichten über alle Sparkassen durch den verschiedenen Anfang der Berichtsjahre entstehen, haben sich auch für das Jahr 1878 nicht vermeiden lassen. Von den 1172 Sparkassen, für welche überhaupt die Abschlüsse aus diesem Jahre vorlagen, fiel bei 948 das Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahr zusammen, und zwar betrugen die Einlagen bei ihnen am Schlusse desselben 88,6 Prozent von denen bei sämmtlichen hier berücksichtigten Sparkassen; ferner hatten 172 Kassen mit 8,6 Prozent der Einlagen das Rechnungsjahr auf das sog. Etatsjahr vom 1. April 1878 bis 31. März 1879 verlegt; endlich hatten noch 52 Sparkassen, bei denen sich die Einlagen auf 2,8 Proz. der sämmtlichen Einlagen beliefen, berichtet deren Rechnungsjahr zu verschiedenen Terminen (1. Juli u. s. w.) beginnt. Wenn es darauf ankommt, ein Gesammtbild über die Gestaltung des Sparkassenwesens zu erhalten, darf man indessen wohl die verschiedenen Rechnungsjahre in eins zusammenfassen, da der dadurch begangene Fehler für diesen Zweck fast völlig verschwindet. In diesem Sinne ist es daher zu verstehen, wenn in Folgendem von dem Sparkassenwessen im Jahre 1878 die Rede ist

Die Zahl der Sparkassen, von welchen statistische Angaben eingegangen sind, ist von 1,080 im Jahre 1877 auf 1,172 im Jahre 1878 gestiegen. Die Zunahme setzt sich zusammen aus einem Zugange von 124 Kassen, von denen 41 neu errichtet waren, und einem Abgange von 32 Kassen, welche keine Sparkassen, sondern Vorschuß-, Genossenschaftskassen und Vereinsbanken sind, aus dieser Statistik also auszuscheiden waren. Von den 124 Sparkassen, welche in der Statistik des Jahres 1878 zum ersten Male erscheinen, wurden 10 von Städten, 9 von Kreisen bezw. Aemtern, 9 von Landgemeinden und 96 von Privaten verwaltet. Am meisten haben also die Privat-Sparkassen zugenommen, jedoch nur an Zahl, nicht auch dem Betrage der Einlagen nach; denn diese sind bei den Privatsparkassen im Verhältniß zu den übrigen Kassen am geringsten. Die am Anfang und Ende des Rechnungsjahres bei den verschiedenen Arten von Spar-Kassen eingelegten Gelder hatten folgende Summen erreicht:

verwaltet von	Kassen	mit Einlagen von Mk. am Anfang des Rechnungsjahres	mit Einlagen von Mk. am Ende des Rechnungsjahres
Städten	515	719,862,111	751,107,177
Kreisen und Aemtern . .	270	377,488,393	399,267,843
Provinzen u. s. w. . .	5	39,191,867	38,966,893
Bezirken und Grafschaften	22	12,396,617	12,062,555
Kirchspielen, Flecken und Landgemeinden . . .	242	97,377,017	101,305,309
Vereinen	12	71,607,559	74,122,893
Privaten	106	8,595,152	9,761,927
überhaupt . .	1,172	1,326,518,716	1,386,594,597

Es zeigen hiernach die Einlagen im Laufe des Rechnungsjahres 1878 eine Zunahme von 60,075,881 M., d. i. 4,4 pCt. des mittleren Bestandes. Diese Vermehrung steht absolut wie relativ hinter der des Vorjahres zurück, wie folgende Zahlen zeigen.

Die Sparkassenschuld wuchs	1877	1878
durch neue Einzahlungen um	355 911 149 M.	352 452 796 M.
durch Zuschreibung von Zinsen um	35 159 717 M.	37 838 633 M.;
sie verringerte sich durch Rückforderungen um	318 939 381 M.	330 215 548 M.

Das Jahr 1878 zeigt also trotz der Zunahme der Sparkassen doch noch eine Abnahme der Einzahlungen gegen das Vorjahr, andererseits eine nicht unbedeutende Zunahme der Rückforderungen. Ein noch deutlicheres Bild über das Verhältniß zwischen Zugang und Abgang von Sparkassengeldern erhält man aus den relativen Zahlen. Vergleicht man den Zu- und Abfluß der Gelder mit ihrem mittleren Jahresbestande, so betrugen von diesem

im Verwaltungsjahre	die neuen Einzahlungen Proz.	die Zinszuschreibungen Proz.	die Rückzahlungen Proz.
1872	42,3	2.6	27,6
1873	42,5	2,7	26,0
1874	39,4	2,7	25,6
1875	34,3	2,7	25,2
1876	31,1	2,8	25,2
1877	28,2	2,8	25,2
1878	26,0	2,8	24,4.

Der Betrag der neuen Einzahlungen hat sich hiernach seit dem Jahre 1873 im Verhältniß zum mittleren Jahresbestande stetig verringert; jedoch ist diese Verminderung seit 1875 immer kleiner geworden, so daß zu hoffen ist, daß bei Eintritt einer wirthschaftlich besseren Lage auch die neuen Einzahlungen wieder eine relative Zunahme ergeben werden. Das Verhältniß der Zinszuschreibungen zu dem mittleren Bestande der eingelegten Gelder ist naturgemäß nur geringen Schwankungen unterworfen und in den letzten Jahren ein konstantes geblieben. Als ein günstiges Zeichen könnte man die relative Verringerung der Rückzahlungen betrachten, die in den Jahren 1875—1877 gleichmäßig 25,2 pCt. des mittleren Jahresbestandes betrugen und im Jahre 1878 auf 24,4 pCt. gesunken sind. Leider geben die Erhebungen keinen Aufschluß darüber, ob die Verminderung der Rückzahlungen sich nicht etwa nur auf größere Beträge beschränkte, die Einzahlungen des kleinen Mannes aber in vermehrtem Maße zurückgefordert worden sind; diese Frage ließe sich nur beantworten, wenn man Kenntniß davon hätte, wie hoch sich die einzelnen Rückzahlungen beliefen. Daß die Sparfähigkeit der Bevölkerung seit dem geschäftlichen Aufschwunge im Jahre 1873 beständig gesunken ist, erkennt man sofort, wie viel die neuen Einzahlungen mehr betrugen als die Rückzahlungen; es ergaben sich hierfür in Prozent des mittleren Jahresbestandes: 1872 14,7, 1873 16,5, 1874 13,8, 1875 9,1, 1876 5,9, 1877 3,0, 1878 1,6 Proz.

Im Laufe des Jahres 1878 wurden 468,618 Sparkassen-Bücher ausgegeben, 368,333 Stück dagegen wieder zurückgenommen. Am Jahresschlusse befanden sich im Umlaufe überhaupt 2,664,578 Bücher: bei 59,981 Büchern war der Betrag der Einlage nicht angegeben, es verblieben sonach Sparkassen-Bücher im Umlauf:

mit einer Einlage von	überhaupt 1876	überhaupt 1877	überhaupt 1878	von 100 1876	von 100 1877	von 100 1878
unter bis 60 M.	568,304	642,959	649,830	23.96	25.71	24.95
60 „ 150 „	469,733	465,101	516,572	19.81	18.60	19.83
150 „ 300 „	428,623	446,634	454,293	18.07	17.86	17.45
300 „ 600 „	417,376	420,963	428,257	17.60	16.84	16.44
über 600 „	487,596	524,821	555,645	20.56	20.99	21.33
zusammen . .	2,371,632	2,500,528	2,604,597	100.00	100.00	100.00

Für das Jahr 1877 erklärt sich die starke Zunahme der Bücher mit einer Einlage von weniger als 60 M., sowie die Abnahme solcher mit einer Einlage von 60 bis 150 M., daraus, daß von einigen Sparkassen die Bücher der zweiten Kategorie unter die der ersten gerechnet worden waren. Vergleicht man die Ergebnisse der Jahre 1876 und 1878 mit einander, so findet man eine Zunahme der Bücher mit einer Einlage bis zu 60 M., die nächste Kategorie (60—150 M. Einlage) ist sich fast ganz gleich geblieben, die Bücher mit einer Einlage von 150 bis 600 M. zeigen aber eine nicht unbedeutende relative Abnahme, die mit einer noch höheren Einlage jedoch eine stetig wachsende Zunahme; hierdurch erklärt es sich auch, daß die Summe, die im Mittel auf ein Sparkassenbuch eingezahlt ist, von 515 M. im Jahre 1876 auf 520 M. im folgenden Jahre stieg, auf welcher Höhe sie auch 1878 geblieben ist.

Außer den Einlagekapitalien im Betrage von 1,386,594,597 M. am Ende des Rechnungsjahres befanden sich noch in den Kassen als Separat- oder Sparfonds 4,094,921 M., als Reservefonds 82,372,483 M., im Ganzen also 1,473,062,00 M., von denen 1,430,652,019 zinsbar angelegt waren, und zwar

	überhaupt 1877 M.	überhaupt 1878 M.	von 100 M. 1877 M.	von 100 M. 1878 M.
in Hypotheken auf städtische Grundstücke . .	381,940,286	419,344,670	28.67	29.31
ländliche „ . .	359,685,637	384,821,193	27.00	26.90
in Inhaberpapieren, angegeben nach Kurswerth .	295,060,892	315,281,871	22.15	22.04
auf Schuldscheine gegen Bürgschaft und Wechsel	144,639,182	153,927,847	10.85	10.76
gegen Faustpfand . . .	45,142,630	48,651,481	3.39	3.40
bei öffentlichen Instituten .	105,771,093	108,422,153	7.94	7.58
auf andere Art	—	202,804	—	0.01
zusammen	1,332,239,720	1,430,652,019	100.00	100.00.

Die Veränderungen gegenüber den Beleihungen im Vorjahre sind nur unbedeutend, wenig gewachsen ist die hypothekarische Anlage der Sparkassengelder, während diejenige bei öffentlichen Instituten abgenommen hat.

Der Betrag der Zinsüberschüsse, d. h. der Gewinn, den die Kassen dadurch erzielen, daß sie die eingelegten Gelder zu einem höheren Zinsfuß ausleihen, als der ist, den sie den Sparern gewähren, belief sich im Jahre 1878 auf 13,585,506 M., das ist ungefähr 1 Prozent des mittleren Jahresbestandes der Einlagen. Von den Zinsüberschüssen werden zunächst die Verwaltungsausgaben bestritten; was dann noch verbleibt, wird an den Reservefonds abgeführt, und falls dieser schon eine genügende Höhe erreicht hat, dürfen die Ueberschüsse für öffentliche Zwecke verwandt werden. In letzterem Sinne wurde im Jahre 1878 ein Betrag von 3,655,395 M. ausgegeben, seit Bestehen der Kassen überhaupt 35,723,096 Mark.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 8. Dezember.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten beabsichtigt laut einer Verfügung an die betreffenden königlichen Behörden die Herstellung kartographischer Uebersichten über Produktion, Zirkulation und Konsumtion des Roheisens und des schmiedbaren Eisens in Deutschland, zunächst für das Jahr 1878, demnächst für das Jahr 1880. Bei dem großen Interesse, welches die auf solche Weise zu gewinnenden übersichtlichen Darstellungen der betreffenden Verhältnisse, namentlich auch mit Rücksicht auf die Wirkungen des im laufenden Jahre wieder eingeführten Eisenzolls, darbieten werden, ist es erwünscht, alle Hülfsmittel anzuwenden und alle Quellen zu benützen, welche dazu beitragen können, der Arbeit die größte Zuverlässigkeit zu sichern. Der Minister für Handel und Gewerbe hat daher in einem Zirkularerlaß vom 28. November die Handelsvorstände ersucht, nicht allein selbst in jeder Weise die bezüglichen Arbeiten der Bergbehörden zu unterstützen, sondern auch bei den betheiligten Industriellen dahin zu wirken, daß die mit Sammlung der betreffenden Materialien beauftragten Beamten durch Ertheilung erschöpfender Auskunft thunlichst entgegenkommen.

— Nach einer den Handelsvorständen zugegangenen Mittheilung des königlichen Handelsministeriums wird das Handels-Gericht in Bukarest die Hinterlegung deutscher Fabrikmarken voraussichtlich auch ohne den Nachweis eines zwischen Deutschland und Rumänien geschlossenen desfallsigen Vertrages annehmen. Nach der Praxis dieses Gerichts wird für jede Schutzmarke, auch derselben Firma, ein Stempelbetrag von je 20 Frcs. erhoben, sobald die Marken in Größe oder Zeichnung verschieden sind. Gleichzeitig wurde, um den deutschen Interessenten die nicht unbeträchtlichen Anwaltskosten zu ersparen, Mittheilung gemacht von der Offerte eines Advokatur-Hülfs-Beamten in Bukarest, welcher die behufs Hinterlegung deutscher Marken nöthigen Schritte gegen geringeres Honorar übernehmen will.

Hannover, 5. Dezember. [Welfischer Unfug.] Das von der Welfenpartei beabsichtigte große Festmahl anläßlich der Geburt der Tochter des Herzogs von Cumberland hat unter großer Betheiligung der Gesinnungsgenossen stattgefunden. Dem Festmahle selbst ging eine Parteiversammlung voraus, welcher der Abgeordnete v. Adelebsen präsidirte. Auch hier wurde die alte Forderung der sogenannten deutsch-hannoverschen Partei wieder besprochen, daß die Wiederherstellung der staatlichen Selbstständigkeit Hannovers auf gesetzlichem Wege (!) anzustreben sei. Bei dem Festmahle wurde auch und zwar von Herrn v. Hodenberg, auch der deutsch-hannoverschen Bürgervorsteher der Stadt Hannover gedacht. — Die übrigens noch sehr der Bestätigung bedürfende Mittheilung, daß der Kaiser seinem Gaste, dem König von Dänemark, erzählt habe, dem Landtage solle in Bälde ein Gesetz-Entwurf vorgelegt werden, wonach der Welfenfonds einfach in's preußische Staatseigenthum übergehen soll, wenn der Herzog von Cumberland innerhalb einer gewissen Zeit nicht auf seine Ansprüche auf Hannover feierlich Verzicht leiste, veranlaßt das hiesige Welfenorgan, die „Deutsche Volkszeitung“, zu einigen Wuthausbrüchen. Sollten diese Angaben, heißt es in dem betreffenden Artikel, nicht dementirt werden, so wissen wir Hannoveraner jetzt, was uns noch bevorsteht, welch' furchtbare Prüfungen uns noch auferlegt, welch' neue Leiden auf das Haupt unseres theueren angestammten Fürsten und Herrn und des gesammten königlichen Hauses Hannover gehäuft werden. Das eiserne Gesetz hindert uns, auszusprechen, was wir denken und fühlen, alle treuen Hannoveraner werden den Jammer mit uns empfinden und durch Zwang zu „stummen Hunden“ gemacht; erinnern wir uns und unsere Freunde und Gesinnungsgenossen, daß wir dem Preußenlande zugetheilt sind, allwo einst der berüchtigt gewordene Befehl von ministeriellem Munde erging: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. — Und zum Schlusse heißt es: Weder Se. königl. Hoheit des Herzog von Cumberland noch die immense Majorität des hannoverschen Volkes haben dem vorausgesetzten berliner Vorgehen zugestimmt, und ohne deren Konsens ist die welfisch-hannoversche Frage niemals faktisch todt, noch rechtlich zu lösen.

Pest, 4. Dezbr. Das Oberhaus hat den Grafen Andrassy in die ungarische Delegation gewählt, und letzterer wird auch dort erscheinen; dieser Umstand dürfte den Verhandlungen der ungarischen Delegation über die auswärtige Politik ein besonderes Interesse bieten. Graf Apponyi gedenkt nämlich die verflossene Thätigkeit des Grafen Andrassy in der Leitung des Auswärtigen Amtes einer scharfen Kritik zu unterziehen, wodurch dann Graf Andrassy in die Lage versetzt werden wird, über seine Wirksamkeit Aufschlüsse zu ertheilen und manche Dinge zu enthüllen, über die er bis jetzt aus Rücksicht auf seine Stellung ein tiefes Schweigen beobachten mußte. Ebenso wird Graf Széchen die Andrassy'sche Politik vom slavenfreundlichen Standpunkt angreifen.

Paris, 5. Dezember. [Deputirten-Kammer.] Aus den gestrigen Kammer-Verhandlungen ist noch das Folgende nachzutragen. Nach der Rede Brisson's, in welcher er die Regierung über die innere Lage interpellirt, sprach in ausführlicher Rede der Konseilpräsident Waddington. Beide Reden sind bereits in kurzer Analyse mitgetheilt worden. Nach Waddington ergreift Floquet (er gehört zur Union Republicaine und zur Gauche Republicaine) das Wort. Seit einigen Tagen seien zwischen den verschiedenen Gruppen der Linken Verhandlungen über ein Programm geführt worden. Der Konseilspräsident habe dieses Programm kritisirt, aber das seinige nicht formulirt. Solchen ungenügenden Erklärungen gegenüber müßten diejenigen, welche jenes Programm angenommen, sich entscheiden, ob sie dem gegenwärtigen Kabinet ein Vertrauensvotum geben können.

Ferry, Minister des öffentlichen Unterrichts, antwortet, das Kabinet dürfe wohl diejenigen, welche den rechtmäßigen Wunsch haben, an seine Stelle zu treten, fragen, was ihre Politik sein würde, wenn sie an die Regierung kämen. (Unterbrechungen.) Wird man eine Politik verfolgen, die von der des jetzigen Kabinets sehr verschieden ist oder eine bessere und wird sie die Mehrheit erlangen? (Beifall.) Namentlich steht hier das Unterrichtsgesetz, welches den Beifall des Landes gefunden hat, in Frage. Wird das zukünftige Kabinet in einer besseren Lage sein, um vor dem Senat die Wünsche der Mehrheit, die auch die des Landes sind, zur Geltung zu bringen? (Lärm.) Man hätte der Haltung der Regierung in der Unterrichtsfrage Rechnung tragen sollen, welche das Land im höchsten Grade interessire. Allen lügenhaften Behauptungen zum Trotz bestand immer und besteht noch betreffs des Unterrichtsgesetzes ein vollständiges Einverständniß zwischen den Ministern. Kann man in diesem Augenblick das Kabinet erschüttern? Es müssen noch Veränderungen in dem Personal gemacht werden. Dies

ist aber kein Frage, die sich auf der Tribüne abmachen läßt. Eine zartere Frage ist die des Richterstandes. In den Gedanken der Regierung, wie in denen der Mehrheit, ist die Unabhängigkeit der Richter keine Schranke für eine organische Reform, die man verwirklichen muß, um die Achtung vor der Republik zu sichern. Man kann daher nicht sagen, daß in diesem Punkt eine Meinungsverschiedenheit vorliege. Was die Gendarmerie anbelangt, so wird die Regierung ebenfalls handeln, aber man muß ihre Handlungen abwarten, ehe man sie beurtheilt. Die gegenwärtige Gesetzgebung ist ungenügend, um die Vergehen der Offiziere der Territorialarmee zu bestrafen, aber der Kriegsminister ist nicht gleichgültig geblieben vor der Keckheit und der Unverschämtheit. (Lärm rechts.)

Paul de Cassagnac (unterbrechend): Wenn der Minister seine Worte an Offiziere richtete, so würden sie ihm ihre Epauletten ins Gesicht schleudern. (Furchtbarer Lärm. Ruf zur Ordnung.)

Präsident Gambetta: Ich verlange, daß Herr Cassagnac seine Worte erkläre.

Paul de Cassagnac wird nach einigen Hin- und Herreden durch die Kammer mit einer Rüge belegt.

Ferry (Unterrichtsminister) schließt seine Erklärungen, indem er die Mehrheit auffordert, daß sie sich offen darüber erkläre, wenn sie glaube, im Kabinet nicht vertreten zu sein, damit jeder sein Theil der Verantwortlichkeit bekomme. (Sehr gut auf verschiedenen Bänken.)

Devès (von der republikanischen Linken) spricht über die Reform des Richterstandes, der Gendarmerie u. s. w. Was die Amnestie anbelange, so sei die vollständige Verzeihung vielleicht der beste Ausweg. Den Ministern könne man aber keinen Vorwurf wegen der Lösung machen, welche die Kammern beschlossen haben. In einem Lande, wo alle Parteien die Staatsform anerkennen, könne es eine Opposition mit einem Programm geben, welches sie zur Ausführung bringen wolle; aber in einem Lande wie Frankreich, wo man sich einer Opposition gegenüber befinde, welche die Staatsform bekämpfe, sei es unmöglich, so vorzugehen. Die Einheit der republikanischen Gruppen sei nothwendig für die Existenz der Regierung selbst. Das Ministerium stürzen, heiße gegen das Interesse des Landes handeln. Redner schlägt hierauf die (telegraphisch schon gemeldete) Tagesordnung vor.

Floquet erklärt hierauf, daß er der Regierung kein Vertrauensvotum geben könne.

Der Minister des Innern, Lepère, spricht über die Anstellung einiger Beamten, wegen deren er angegriffen worden, über die Stellung der Gendarmerie, über die royalistischen Bankette, welche keineswegs die Schwäche der Regierung, sondern die Schwäche der alten Parteien dargethan hätten. Ferner bekämpft er den Vorwurf, die Regierung habe sich schwach gezeigt, als sie die Kundgebungen eines fremden Prätendenten (Don Carlos) in Anjou gestattete. Die Offiziere des französischen Heeres hätten sich bei diesen Kundgebungen nicht betheiligt, was die Untersuchung bewiesen habe. Der Prätendent aber sei aufgefordert worden, Frankreich zu verlassen. So handle keine schwache und gedemüthigte Regierung. Uebrigens werde die Regierung eifrig mit der Kammer an den Reformen arbeiten und sie hofft, daß die Linke sie nicht spalten, sondern der Regierung ein Vertrauensvotum ertheilen werde. (Sehr gut! links.)

Allain Targé stellt nun eine Tagesordnung, aber Waddington erklärt, daß er die von Devès annehme. Diese wird denn auch mit 243 gegen 107 Stimmen von der Kammer genehmigt. Nach der Abstimmung gab sich ziemlich große Erregung kund.

Kopenhagen, 3. Dezember. [Die Rückkehr des Königspaares. Aus dem Folkething.] König Christian von Dänemark nebst Gemahlin sind am Sonntag wieder in Kopenhagen eingetroffen. Die kopenhagener Blätter haben sich seit der Rückkehr des Königspaares darauf beschränkt, in Bezug auf den Besuch desselben in Berlin die Auslassungen der größeren deutschen Zeitungen zu reproduziren. Selbstständige Betrachtungen über die Bedeutung des Besuches haben sie außer den neulich erwähnten dem Besuche voraufgegangenen nicht angestellt. Hiernach darf man also die dänische Auffassung bezüglich des augenblicklichen Standes der Beziehungen Dänemarks zu Deutschland kurz dahin zusammenfassen, daß Dänemark geneigt und gewillt ist, in ein freundschaftliches Verhältniß mit Deutschland zu treten, falls Deutschland sich dieser Freundschaft durch Willfährigkeit gegen gewisse dänische Wünsche würdig macht. Von einer Aenderung der Haltung des dänischen Volkes Deutschland gegenüber in Folge des königlichen Besuches in Berlin ist bisher nichts zu spüren; auch steht eine solche Aenderung allen gegentheiligen Versicherungen und Behauptungen gegenüber selbst nicht zu erwarten, wenn Deutschland sich mit dem Herzog von Cumberland auseinandersetzen sollte, da dies eine Sache ist, die wohl die dänische Königsfamilie, nicht aber das dänische Volk berührt, wobei in Deutschland sehr zu beachten ist, daß die Sympathien für das jetzige dänische Königshaus in Dänemark nur sehr schwache sind. — Die beiden Kammern des dänischen Reichstages haben sich in letzter Zeit nur mit kleineren Gesetzesvorlagen beschäftigt. Vor einigen Tagen stand im Folkething ein von Mitgliedern der Linken eingebrachter Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Schiffsabgaben zur Verhandlung. Sämmtliche Redner, selbst die der Rechten, erklärten sich für die Aufhebung der Abgaben; nur ein Mitglied der Rechten glaubte, daß eine Ermäßigung der Abgaben genüge, während ein anderes Mitglied der Rechten, der Nationalökonom Scharling, die Annahme des Gesetzentwurfs namentlich aus dem Grunde empfahl, um den russischen Transithandel über Kopenhagen zu leiten. Der Finanzminister erklärte dagegen, daß die Regierung die Einnahme aus den Schiffsabgaben (7—800,000 Kronen) nicht entbehren könne, zumal ein Theil der Summe in die Taschen des Auslandes wandern würde. Der Gesetzentwurf wird indessen aller Voraussicht nach von beiden Kammern mit großer Majorität angenommen werden, und dann wird auch die Regierung nicht umhin können, ihn zu akzeptiren, umsoweniger als das Budget einen nennenswerthen Ueberschuß aufweist. — Am 27. v. M. ist in Kopenhagen seitens des dänischen Ministers des Auswärtigen und des schwedisch-norwegischen Gesandten ein Vertrag zwischen Dynemarck und Schweden-Norwegen betreffend den gegenseitigen Schutz des literrischen Eigenthums unterzeichnet worden. (Ostf.-Z.)

Stockholm, 3. Dezember. [Eisenbahn. Nordenskjöld. Anstößige Vorlesungen.] In Schweden war das hervorragendste Ereigniß der letzten Tage die Eröffnung der größten der bisherigen schwedischen Privatbahnen, nämlich der sogenannten Bergslagsbahn, von Gothenburg bis Falun. Dieses Ereigniß ist namentlich in Gothenburg festlich begangen worden, welche Stadt das Unternehmen auch ganz besonders unterstützt hat. Die Bahn ist 45½ schwedische Meilen (fast 70 deutsche Meilen) lang. Die Konzession zum Bau wurde unterm 21. Septbr. 1871 ertheilt, die Arbeiten wurden am 21. Juli 1872 begonnen und im November 1879 beendet; der Bau erforderte im Ganzen also 7½ Jahr. Das ganze Unternehmen hat eine Ausgabe von über 50 Millionen Kronen verursacht, während das Aktienkapital 14,181,000 Kronen beträgt. Die Bauarbeiten sind von dem Ingenieur Freiherrn von Leyansuhrud geleitet. Dieser sowie der Großhändler James Dickson in Gothenburg, der Vorsitzende der Bahngesellschaft, sind vom König Oskar mit hohen Orden bedacht worden. — Laut einer in Stockholm eingegangenen telegraphischen Nachricht von Prof. Nordenskjöld ist die Expedition mit dem Dampfer „Vega" am 29. November in Singapore eingetroffen. — In Norwegen haben die Vorlesungen eines philosophischen Stipendiaten Namens Dons an der Universität von Christiania wegen ihrer maßlosen Angriffe auf das Christenthum und die theologische Fakultät großes Aufsehen erregt. In Folge des sich allgemein kundgebenden Unwillens wurde vom akademischen Kollegium eine Untersuchungs-Kommission niedergesetzt, welche ihr Gutachten darüber abgeben sollte, ob die Vorlesungen zu verhindern oder weiter zu gestatten seien. Es wurde beschlossen, die Vorlesungen vorläufig bis Neujahr zu gestatten. Inzwischen ist Herr Dons erkrankt.

Petersburg. [Zum Attentat.] Ueber die Verhaftung eines jungen Mannes, der sich im Besitze von Sprengmaterial und Gift befand, liegen folgende nähere Meldungen vor: Am Abend des 27. November ward ein junger Mann, der auf der moskauer Bahnlinie zu Jelissawegrad ein Billet nach Kursk gelöst, arretirt, weil sein Betragen Verdacht erweckt hatte. Er trug in der Hand einen kleinen Reisesack, dessen Gewicht ganz unverhältnißmäßig groß für die Kleinheit des Sackes schien, und als die Polizei sich ihm näherte, lief er eiligst davon. Einige Soldaten jedoch, welche zufällig in der Nähe waren, verfolgten ihn und als sie ihn faßten, feuerte er einen Revolver ab, ohne jedoch Schaden zu thun. In dem Sacke wurden mehrere Blechbüchsen mit Nitroglycerin gefunden und in des jungen Mannes Taschen zwei Päckchen Gift. Es wird angenommen, daß er das Billet für Kursk genommen habe, um dem Sonderzuge, der den Kaiser führte, zuvorzukommen, obgleich es noch nicht aufgeklärt ist, ob er zu den Verschworenen gehört, welche nicht weit davon waren, ihre mörderische Absicht zu erreichen, oder zu einer anderen Mörderbande. Diesen Begebenheiten gegenüber, welche die russische Gesellschaft in neuen Schrecken versetzt haben, wird es selbst den nachsichtigsten seiner Landsleute schwer fallen, an das Glaubensbekenntniß des kürzlich verurtheilten Mirski zu glauben, welches dieser in seiner letzten Anrede an den Gerichtshof aussprach. Er sagte, die Partei, zu welcher er gehöre, predige nicht den politischen Mord, noch heiße sie ihn gut. Seine Absicht, als er auf den Chef der Gendarmerie schoß, wäre nur gewesen, gegen das außerrechtliche und willkürliche Verfahren der dritten Sektion zu protestiren, unter welchem so viele seiner Genossen gelitten hätten. Er hätte nicht die Absicht gehabt, General Drentelen zu schädigen, und betrachte, was er gethan habe, nicht als ein Verbrechen, obgleich es als solches von dem Gesetze angenommen sei, welches man gegen ihn geltend mache. Er hätte gemäß seinen Umständen und denen seiner Partei gehandelt; diese Partei wolle nicht die Regierung umstürzen, sondern dieselbe nur verbessern. Er entwickelte dann eine phantastische Idee von einer zukünftigen Eintheilung des russischen Reiches als das wahrscheinliche Ergebniß der Bestrebungen seiner Partei und protestirte schließlich gegen den Ausdruck „Bösewicht", welcher auf ihn und auf Andere angewandt worden, die nur nach gleichen Ueberzeugungen handelten. Er ersuchte die Richter, ihm die moralische Genugthuung zu gewähren, zu wissen, daß sie eine bessere Meinung von ihm bewahren würden, wenn er dahin sei.

Locales und Provinzielles.

Posen, 9. Dezember.

r. **Bei dem Einbruche,** welcher am 30. November d. J. in der Wohnung eines höheren Beamten auf der Wilhelmsstraße verübt worden ist, sind, wie sich nachträglich herausgestellt hat, außer ca. 300 M. folgende Silbersachen gestohlen worden: eine Zuckerdose, ein Zuckerlöffel, ein Kuchenteller in Form von Weinblättern, ein halbes Dutzend Eßlöffel, gezeichnet C. S., 2½ Dutzend Theelöffel, gezeichnet C. S., C. H.; ein halbes Dutzend Theelöffel ungezeichnet, ein Dutzend Mokkalöffel, 2 Kuchenlöffel, ein silberner Bowlenlöffel, ein silberner abgebrochener Bowlenlöffel, 19 Stück Eislöffel, gez. C. S., ein Salz- und Pfeffernäpschen, ein Theekessel mit Untersatz, eine Theekanne, ein Sahnentopf, vier Becher, gravirt: C. H., J. H., Carl, einer derselben nicht gravirt, 6 Serviettenbänder, gravirt: Gustav, Cäcilie, Carl, G. H., eines innen vergoldet, ein Theesieb mit Kettchen und Haken, eine altmodische Zuckerzange, ein Butter- und Käsemesser; ferner an Gold- und Schmucksachen 2c.: verschiedene Ringe mit Steinen, ein Rokokkoring mit Kapsel und eingravirten Rosen, ein Paar schwere goldene Ohrringe (Rokokko), ein Paar Ohrringe mit blauen Steinen und Perlen, ein Paar Ohrringe mit Granaten, eine Granatbroche, ein Halsband mit vielen Korallenschnüren und Korallenschloß, ein Halsband mit Amethyststeinen, eine moderne Damenuhr mit goldener Kette, eine sehr werthvolle Rokokkouhr mit Figuren, ein goldener Siegelring, Wappen in Amethyst, zwei goldene Emailleringe, gezeichnet C. S. und G. H., ein grüner Stein, ein weißer Stein, ein Haarring, 2 Schlangenringe, ein Trauring gezeichnet, ein Collier mit Granaten, ein Armband mit Granaten, ein vergoldetes Armband mit Achatsteinen, eine kurze goldene Herren-Uhrkette, ein silbernes Medaillon, darin zwei Mädchenköpfe, eine schwarzlederne Zigarrettentasche mit gestickter blauer Blume, eine rothseidene Börse. Wer in Erfahrung bringt, wo sich eines der obigen Gegenstände gegenwärtig befindet, wird gebeten, der Kriminalpolizei davon Mittheilung zu machen.

r. **Witterung.** Heute Morgen hatten wir in den Straßen der Altstadt 20½ Gr. R. Kälte. In der Oberstadt und auf dem Bahnhof war die Kälte bis auf 22 Gr. R. gestiegen.

?? **Schwersenz,** 8. Dezember. [Wohlthätigkeits-Vorstellung.] Gestern Abend fand die zweite und letzte Vorstellung zum Besten der armen Schüler hiesiger ev. Schule unter Leitung des Hauptlehrers Gerdey, ausgeführt von Schülern seiner Klasse im Saale des Herrn Marco bei sehr zahlreichem Besuch statt. Wie das erste Mal so ging die Vorstellung auch gestern gut von Statten und wurde eine Netto-Einnahme von 160 M. 25 Pf. erzielt, die zur Weihnachtsbescheerung der oben bezeichneten Kinder verwerthet werden wird.

— r. **Obornik,** 8. Dezember. [Landwirthschaftlicher Verein.] Gestern Nachmittags fand die regelmäßige Sitzung des deutschen landwirthschaftlichen Vereins des Kreises Obornik in Rogasen unter zahlreicher Betheiligung (von über 50 Mitgliedern) statt. Der Verein tagt abwechselnd in Obornik und Rogasen. Auf der Tagesordnung stand u. A. ein Vortrag des Herrn Landgerichtsraths Czwalina aus Posen über „die Grundzüge der neuen Zivilprozeßordnung im Lichte der Praxis". Der Herr Vortragende entwickelte in 1½ stündiger interessanter und fesselnder Rede die Grundzüge des neuen Gerichtsverfahrens und erklärte in sehr verständlicher Weise das gänzlich abweichende Verfahren zwischen dem alten und neuen Gerichtswesen. Er verglich sehr treffend die neue Gerichtsordnung mit einem vollständig neuen Bau, zu welchem auch nicht das kleinste Material des alten Gebäudes verwendet worden, erläuterte die Vortheile verschiedener neuer Einrichtungen z. B. des Mahn- und Vollstreckungsverfahrens u. s. w. Die Mitglieder des Vereins verfolgten den lehrreichen Vortrag mit ungetheilter Aufmerksamkeit nnd gaben ihren Dank durch Erheben von den Plätzen Ausdruck. Zu Nr. 4. der Tagesordnung „Ueber das neue Viehseuchengesetz" wurde auf Antrag von der Versammlung der Beschluß gefaßt, die k. Regierung zu bitten, die Härten des Gesetzes in Betreff der Pockenseuche unter den Schafen, dahin zu mildern, daß den Besitzern von pockenverseuchten Heerden gestattet würde, die Impfung derselben auch von anderen geeigneten Personen, als nur vom Kreisthierarzt, vornehmen zu lassen, da in der letzten Zeit wegen zu später Impfung (Ueberbürdung des Kreisthierarztes) viele pockenkranke Schafe gefallen. Da auch in vielen Fällen die Impfung wegen Mangel an Lymphe nicht rechtzeitig ausgeführt werden konnte, wurde weiter beschlossen, die k. Regierung zu ersuchen, bei den Sperrmaßregeln dahin eine Ausnahme zu gestatten, daß einige geimpfte Schafe unter Beobachtung genügender Vorsichtsmaßregeln (z. B. Transport derselben in geschlossenen Wagen und unter Bewachung znverlässiger Personen) zur Hergabe der fehlenden Lymphe aus gesperrten Orten ausgeführt werden dürfen. Zu 2 der Tagesordnung: „In welcher Höhe soll der Garantiefonds für die bromberger Ausstellung bemessen werden", bewilligte die Versammlung einen Beitrag von 300 M. Nach den vertheilten Programms findet die landwirthschaftliche Provinzial-Ausstellung am 28., 29. und 30. Mai 1880 in Bromberg statt. Unter den geschäftlichen Mittheilungen ist noch als besonders hervorzuheben, ein Schreiben der National-Vieh-Versicherungs-Gesellschaft in Cassel, worin dieselbe den Besitzern von Schweinen die Versicherung von Letzteren gegen Trichinose zu mäßigen Prämiensätzen empfiehlt. In der im August d. J. stattgehabten Versammlung des Vereins war von demselben eine Petition an den Herrn Oberpräsidenten der Provinz berathen und eingereicht worden, worin gebeten wurde, dahin zu wirken, die vielen auf Arbeitstage entfallenden katholischen Festtage auf die nächstfallenden Sonntage zu verlegen. Der Herr Oberpräsident hat nun den Vorstand des Vereins dahin beschieden, daß dem Antrage vorläufig deshalb nicht Folge gegeben werden könne, weil vor einer neuen Besetzung des erzbischöflichen Stuhles keine höhere geistliche Instanz vorhanden sei, mit welcher in dieser Beziehung in Unterhandlung getreten werden könne.

§§ **Budewitz,** 6. Dezember. [Stadtverordnetenwahlen. Verschiedenes.] Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen, welche am 30. November stattfanden, haben ein hier nie geahntes Resultat ergeben, indem sowohl in der dritten, wie auch in der zweiten Abtheilung statt der bisherigen je zwei polnischen Stadtverordneten zwei Deutsche gewählt wurden. Die Polen, welche bisher stets die Majorität in der Stadtverordnetenversammlung hatten, haben in Folge dieser Wahl nur noch ein Mitglied unter den Stadtverordneten und suchen nun alle Hebel in Bewegung zu setzen, die verlorene Position durch Proteste gegen diese Wahlen bei etwaiger Neuwahl wieder zu erobern. Es werden sowohl von Wählern, wie auch von Leuten, die nicht wahlberechtigt waren, Unterschriften unter Vorspiegelung aller erdenklichen späteren Wohlthaten gesammelt, um die Wahlen zu annulliren. Es wurden in der dritten Abtheilung statt des bisherigen Stadtverordneten Kaufmann Grocholski der Kaufmann Hermann Licht gewählt, Gegenkandidat war Ackerbürger Majewski, während in der zweiten Abtheilung für den ausscheidenden Dr. Knypinski durch Zersplitterung der Stimmen (Herr Dr. Kn. hatte nur 5 Stimmen) eine Nachwahl zwischen dem Kaufmann Krayn und dem Gutsbesitzer Föllen-Glowinka am 17. c. stattfindet. — Der Verkehr auf den hiesigen Wochenmärkten ist in letzterer Zeit ein so bedeutender geworden, daß es kaum möglich war, alle auffahrenden Wagen auf dem Markte zu plaziren, da die Landwirthe ihre Produkte hier stets zu guten Preisen verkaufen. Selbst entferntere Gegenden suchen deshalb den hiesigen Markt für ihre Erzeugnisse auf. — Der Gasthofbesitzer Herr Mund hat in Folge des hier errichteten Amtsgerichts in der Voraussetzung auf gesteigerten Verkehr, sein Hotel mit Aufwand und größeren Kosten zeitgemäß renovirt und einen neuen sehr geräumigen Saal erbaut. Derselbe beabsichtigt Konzerte und Bälle in diesem Winter zu veranstalten, um dem Bedürfnisse nach größerer Geselligkeit in Stadt und Umgegend entgegenzukommen.

—r. **Woll[illegible],** [illegible] Dezember. [Kreisphysikat. Weg [illegible] den primenter See. Durchschnittspreise. Schulrevision.] Als Kreisphysikus für den hiesigen Kreis ist unser früherer Kreisphysikus Herr Dr. Koch, der vor mehreren Monaten ein Stadtphysikat in Breslau übernommen hatte, vom Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- 2c. Angelegenheiten zurückversetzt worden, und es ist derselbe bereits durch unseren Kreislandrath, Freiherrn von Unruhe-Bomst, in sein Amt eingeführt worden. — Die Arbeiten der Wegeführung über den primenter See sollen am 19. d. M. im hiesigen landräthlichen Bureau vor der kreisständischen Wege-Kommission im Wege der Minuslizitation einem Unternehmer übertragen werden; der Bau wird auf Kosten des Kreises mit Hülfe von Staats- und Provinzialbeihilfe ausgeführt. — Die Durchschnitts-Getreide- und Futterpreise stellten sich hier pro Monat November cr. wie folgt: pro 100 Kilogr. Weizen 20 M., Roggen 16 Mark, Gerste 13,50 M., Hafer 15 M., Erbsen 12 M., Kartoffeln 4 M., Heu 6 Mk. und Stroh 3 M. Das Pfund Butter 1 M. und das Schock Eier 3,20 Mark. — Gestern und heute revidirte Herr Kreisschulinspektor Dr. Foerster aus Neutomischel einige Schulen in hiesiger Stadt und Umgegend.

—z. **Schwerin a. W.,** 6. Dezember. [Versammlung. Vortrag. Diebstahl. Zigeuner.] Am 4. d. M. versammelte sich im hiesigen Rathhause, unter Vorsitz des Bürgermeisters Herrn Müller, eine größere Anzahl selbstständiger Handwerker, die noch keiner Innung angehören, um über die Gründung einer eigenen Innung zu berathen und sich über die Maßnahmen auszusprechen, welche geeignet wären, den im Allgemeinen heruntergekommenen Handwerkerstand zu heben. Die Versammelten erklärten, daß sie von der Gründung einer eigenen Innung abstehen und sich den bestehenden verwandten Innungen anschließen wollen. Die Handwerksmeister sprachen sich zugleich dahin aus, daß sie sich von dem gegenwärtigen Innungswesen wenig Nutzen versprechen, so lange nicht in der jetzigen Gewerbegesetzgebung eine Aenderung eintrete, welche das Innungswesen nach außen hin mehr schütze, namentlich wurde die Wiedereinführung der Gesellenprüfung und die Beschränkung als wünschenswerth erklärt, daß die Etablirung eines selbstständigen Handwerks nicht vor dem 25. Lebensjahre erfolgen dürfe. — Am 3. d. M. hielt Herr M. Pohle im hiesigen Bildungsverein einen Vortrag „über den englischen Romanschriftsteller Charles Dickens." Der Vortragende gab eine ausführliche Biographie des Schriftstellers, unter besonderer Besprechung seiner hervorragenden Werke, und las einige besonders geeignete Stellen aus Dickens vor, um zu veranschaulichen, daß diese Romane mit der Tendenz geschrieben seien, Schäden der Gesellschaft zu geißeln und zu bessern. Der Vortrag wurde von den Zuhörern beifällig aufgenommen. Den nächsten Vortrag wird Herr Rektor Dr. Burmann am 17. d. M. über „Stanley's Reise durch Afrika" halten. — Vor einigen Tagen wurde hier ein Dienstmädchen verhaftet, welches bereits seit einiger Zeit mittels Nachschlüssels aus der Waarenstube des hiesigen Kaufmanns St. wiederholentliche Diebstähle verübte. Bei einer Verwandten

der Diebin wurde eine nicht unerhebliche Quantität von diesen Diebstählen herrührende Manufaktur-Waaren vorgefunden. — Im Laufe dieser Woche war hier eine Zigeunerbande zugewandert, die ca. 60 Köpfe zählte, einige 20 Pferde besaß und auf der hiesigen Feldmark, nahe der Stadt, 6 Zelte aufschlug. Die Zigeuner gaben bei der Behörde an, daß sie Pferdehändler seien, befanden sich aber nicht im Besitz eines Gewerbescheines, dessen Zusendung sie angeblich erst von der Regierung zu Cöslin erwarteten. Das Publikum pilgerte schaarenweis hinaus, um es mit eigenen Augen zu sehen, wie diese Leute bei einer Temperatur von 14—17 Gr. unter dem Gefrierpunkt in ihren luftigen Zelten sich behaglich fühlten, während sich die Kinder halbnackt und barfuß im Freien umhertrieben. Auch unterließen es die fremden Ankömmlinge nicht, ihr übliches Metier, als Betteln, Wahrsagen und gelegentliche kleine Diebstähle, zu betreiben, bis die ganze Bande, da ihr der Gewerbeschein verweigert wurde, dieserhalb und wegen Mangel genügender Subsistenzmittel von der Polizeibehörde ausgewiesen wurde. Zehn bewaffnete Transporteure brachte die Gesellschaft nach Meseritz, von wo aus sie weiter über die Landesgrenze geschafft werden soll.

□ **Pleschen,** 6. Dezember. [Vorschuß-Verein. Gewerbe-Verein.] In der gestern stattgehabten Generalversammlung des hiesigen Vorschuß-Vereins (Eingetragene Genossenschaft), wurden zunächst mehrere Mitglieder, welche länger als ein Jahr mit den laufenden Beiträgen im Rest geblieben sind, oder welche es wegen Rückzahlung der erhaltenen Darlehne zur gerichtlichen Klage haben kommen lassen, aus dem Vereine exkludirt. — In der darauf folgenden Ergänzungswahl des Ausschusses an Stelle des nach Gnesen verzogenen Robert Rumpf wurde einstimmig der Gerichtsschreiber Rättig von hier gewählt. Außerdem scheiden am Schlusse des laufenden Jahres aus der Zahl der Herren Ausschuß-Mitglieder noch aus: Rektor Donat und Kaufmann M. Lasker. In der hierauf erfolgten Neuwahl wurde p. Donat wiedergewählt, während für p. Lasker der hiesige Fleischermeister Bergs fast einstimmig gewählt wurde. In die Einschätzungs-Kommission wurden alsdann die drei Herren: Lehrer Häsner, Schmiedemeister C. Günther und Lehrer Kosel gewählt. Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung: Berathung und Beschlußfassung über den Antrag des Anwalts, sowie des Verbandsdirektors unserer Genossenschaft, um Beisteuerung von Geldbeträgen zur Linderung der Noth in Oberschlesien. Von den zahlreich erschienenen Mitgliedern wurde einstimmig eine namhafte Summe hierfür bewilligt. — Es wird beabsichtigt, den alten Gewerbeverein wieder neu zu beleben. Zu diesem Zwecke ist von einem bereits erwählten Komité eine Versammlung für kommende Woche im Meltzer'schen Lokale angesetzt.

? **Neutomischel,** 5. Dezember. [Jahrmarkt. Trichinen. Markt-Ordnung.] Auf dem Jahrmarkte, der gestern hierorts abgehalten wurde, war, da viele Verkäufer und Käufer zu demselben sich eingefunden hatten, ein reger Geschäftsverkehr wahrzunehmen. Sehr gute Einnahmen hatten die Gewerbetreibenden auf dem Kram-markte, denn die Landleute aus den umliegenden Ortschaften, meistens Hopfenproduzenten, welche, weil sie größtentheils ihren Hopfen schon abgegeben haben, sich gegenwärtig in sehr guten Geldverhältnissen befinden, machten viele und bedeutende Einkäufe. Nicht ganz so lebhaft ging es auf dem Viehmarkte zu. Pferde waren nur in geringer Anzahl zum Verkauf gestellt und wurden, da wenig Nachfrage nach ihnen war, zu mittleren und niedrigen Preisen abgegeben. Rindvieh, das ziemlich zahlreich auf den Markt gebracht worden war, wurde von Händlern und Landwirthen zu Mittelpreisen viel gekauft. Für Fettvieh, welches häufiger auf dem Markte angetroffen wurde, bewilligten die Fleischer Preise in mittlerer Höhe. Auf dem Schwarzviehmarkte war nach mageren Schweinen wenig Begehr, während fette Schweine zu Mittelpreisen von Händlern und Fleischern übernommen wurden. — Am 1. d. Mts. fand der Fleischbeschauer Trojanowski in einem von dem Fleischermeister Weinert hierselbst geschlachteten Schweine Trichinen in sehr bedeutender Menge. Das Fleisch von dem kranken Thiere wurde von der Polizeibehörde mit Beschlag belegt und den bestehenden Vorschriften gemäß vernichtet. — Für die hiesige Stadt tritt unter Aufhebung aller früheren Bestimmungen vom 10. d. Mts. ab eine neue Marktordnung in Kraft, aus welcher besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß die zum Markt gebrachten Gegenstände nicht, wie solches hier bisher vielfach üblich war, vor oder in den Eingängen zur Stadt oder in den Straßen derselben feilgeboten oder verkauft werden dürfen. Als wichtig für die Jahrmärkte ist mitzutheilen, daß am ersten Jahrmarkte nach erfolgtem Inkrafttreten der neuen Marktordnung den den Markt besuchenden Gewerbetreibenden welche Buden aufstellen, der Platz zur Aufstellung der Bude angewiesen werden wird. Die so festgestellte Reihenfolge ist demnächst auch für die folgenden Jahrmärkte maßgebend, und werden den betreffenden Gewerbetreibenden die innegehaltenen Stellen, und zwar in den Sommermonaten bis 6 Uhr, in den Wintermonaten bis 7 Uhr früh reservirt bleiben. Ist der Inhaber der Stelle bis dahin nicht erschienen, so wird letztere anderweit vergeben.

≃ **Schneidemühl,** 7. Dezember. [Aus der Stadtverordneten-Sitzung. Turnverein. Dienstmannsordnung. Gutsverkauf.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich die Versammlung eingehend mit dem Antrage des Magistrats hinsichtlich der Unterstützung der Stadtarmen mit Brennmaterial. Der Magistrat will nämlich diese Unterstützungen nicht mehr in Natura verabfolgt wissen, sondern nur in Geld, da es sich herausgestellt habe, daß die Anweisezettel auf Holz von den Armen in vielen Fällen verkauft worden wären. Die Versammlung lehnt jedoch den Antrag in der gestellten Form ab und ermächtigt die Holzunterstützungskommission, in welche die Stadtverordneten Hellwig, Holtz und Schönrock gewählt werden, nach ihrem eigenen Ermessen Holz oder Geld zu bewilligen. — Die Regierung zu Bromberg fordert im Interesse der öffentlichen Sicherheit die Anstellung eines vierten Polizeisergeanten mit einem jährlichen Gehalte von 900 M. und weist am Schlusse der Verfügung darauf hin, daß im Falle einer Ablehnung seitens der Versammlung der erwähnte Betrag zwangsweise auf den nächstjährigen Etat gebracht werden würde. Die Versammlung beschließt nach langer und sehr erregter Debatte, da sie die Nothwendigkeit zur Anstellung eines vierten definitiven Polizeisergeanten nicht anerkennt und die provisorische Anstellung eines Boten mit 1,50 M. täglichen Honorars als ausreichend erachtet, dem Antrage nicht stattzugeben. — Der hiesige unter Leitung des Eisenbahn-Kassenbuchhalters Breyer stehende Turnverein hat sich einer lebhaften Betheiligung zu erfreuen. Gestern veranstaltete der Verein einen sogenannten „Turner-Schrumm", zu welchen auch Nichtmitglieder gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes, welches zur Anschaffung von Turngeräthen verwendet werden soll, Zutritt hatten. Die Aufführungen fanden allseitigen Beifall. — Seitens des hiesigen Magistrats ist für unsere Stadt auch eine Dienstmannsordnung eingeführt worden. — Das Rittergut Jactorowo bei Samotschin ist in den Besitz der Grafen Kwilecki und Potocki für die Kaufsumme von 1,200,000 Mark übergegangen.

⊗ **Aus der Provinz,** 7. Dezember. [Carl Sigismund Brickenstein †] Vielen ehemaligen Zöglingen aus den verschiedensten Provinzen und auch aus der Provinz Posen wird die Nachricht wohl schmerzlich sein, daß Herr Carl Sigismund Brickenstein, unter dessen Leitung 36 Jahre hindurch, bis 1860, eine Unterrichtsanstalt für Knaben aus höheren Ständen zu Radtschütz bei Koeben an der Oder bestand, im Alter von 83 Jahren am 2. d. M. im Hause seiner jüngsten Tochter zu Rhena bei Corbach im Fürstenthum Waldeck verstorben ist. Der Verblichene ist am 5. d. M. zu Mengeringhausen an der Seite seiner ihm daselbst am 26. Februar v. J. vorangegangenen Ehegattin, Frau Emilie, geb. v. Jutrzenka, mit welcher er am 28. März 1876 die goldene Hochzeit gefeiert hatte, beerdigt worden. Sit ei terra levis!

S. **Aus dem Kreise Krotoschin,** 8. Dezember. [Wochenmärkte. Verlegter Jahrmarkt. Musikaufführung.] Die beiden ersten, an den vergangenen Mittwochstagen in Sulmierzyce abgehaltenen Wochenmärkte haben unter starker Betheiligung seitens der Geschäftsleute stattgefunden. Am ersten Wochenmarkte waren ca. 400 Zentner Getreide, eine große Anzahl Schwarzvieh, darunter 30 Stück fette Schweine, eine große Anzahl fette Gänse, Flachs und sonstige Arten von Wochenmarktsartikeln zum Verkauf gebracht. Die Kauflust war eine höchst rege und wurden gute Preise gezahlt. Am zweiten Wochenmarkte waren über 600 Zentner Getreide, viel Schwarzvieh, worunter 60 Stück fette Schweine, mageres und fettes Flügelvieh, eine bedeutende Quantität Flachs u. s. w. zum Verkauf gestellt. Das Getreide wurde in kurzer Zeit abgesetzt. Auch für die anderen zum Verkauf gebrachten Produkte war die Kauflust eine ziemlich lebhafte. — In der Aula des Seminars zu Koschmin fand gestern Abend unter Leitung des Seminar-Musiklehrers Jeltsch eine zahlreich besuchte Musikaufführung statt.

Staats- und Volkswirthschaft.

△ **Nürnberg,** 5. Dezember. [Hopfenmarktbericht von Leopold Held.] Die Geschäfts-Situation ist vollkommen unverändert. Gute grüne Mittelwaare ist einigermaßen gesucht und hält sich im Preise. Die geringeren Sorten sind ganz ungefragt und finden selbst zu den geringsten Preisforderungen keine Nehmer. Die Stimmung ist sehr ruhig. Die Notirungen lauten: Marktwaare mittel Mark 115—125, prima M. 135—140, Gebirgshopfen M. 150—170, Hallertauer gering M. 120—130, mittel M. 145—165, prima M. 185 bis 195, Spalter Land, leichtere Lagen, M. 180—122, Hallertauer Siegelgut (Wolnzoch, Au) mittel M. 165—185, prima M. 200—220, Württemberger mittel M. 135—150, prima M. 170—180, Badischer gering M. 100—115, mittel M. 130—140, Polnischer gering M. 120 bis 130, mittel M. 130—1,5, prima M. 170—195, Altmärker M. 90 bis 110, Elsässer gering M. 110—120, mittel M. 125—140, prima M. 165—170, Oberösterreicher M. 115—125, Lothringer M. 100 bis 120, Belgische M. 90—110.

** **Die Russische Staatshaushalts-Abrechnung für das Jahr 1878** ist dem Bericht des Reichskontroleurs zufolge ungleich günstiger ausgefallen, als man erwartet hatte. Natürlich müssen von den budgetmäßigen Ausgaben die außerordentlichen durch den Kriegszustand hervorgerufenen einmaligen Ausgaben getrennt werden; die letzteren Ausgaben sind übrigens, wie bekannt, in extraordinärer Weise durch Negocirung von Anleihen gedeckt worden. Der Anfang 1878 publizirte Voranschlag des Finanzministers von Reutern hatte die Einnahmen mit 558,249,000 Rubel und die gewöhnlichen Ausgaben mit 579,744,000 Rubel budgetirt, in dieser Weise ein Defizit von 27,500,000 Rubel in Aussicht stellend, das durch Eingänge aus der 5-prozentigen ausländischen Anleihe vom Jahre 1877 gedeckt werden sollte. Inzwischen hat sich in Wirklichkeit das überraschende Resultat ergeben, daß in dem ordinären staatlichen Haushalte pro 1878 nicht nur kein Defizit, sondern sogar ein Ueberschuß von 25,708,000 Rubel zum Vorschein gekommen ist, der dadurch bewirkt wurde, daß die gewöhnlichen Einnahmen bis 625,972,000 Rubel um 67,75 Mill. Rubel gegen den Voranschlag gestiegen sind, während die gewöhnlichen Ausgaben nur eine Steigerung um 21 Mill. Rubel bis 600,510,000 Rubel erfahren haben. Die außerordentlichen Kriegsausgaben des Staatsschatzes betrugen in dem vergangenen Jahr 408,143,000 Rubel, welche mit den Zuschlag der gewöhnlichen Ausgaben des Jahres 1880 im Betrage von 600,510,000 Rubel ein Ausgabenerforderniß von insgesammt 1,008,653 Rubel oder im Schlußresultat ein Defizit von 382,500,000 Rubel, das durch innere Anleihen gedeckt wurde, ergeben haben. Die gesammten Kriegsausgaben betrugen laut Bericht des Reichskontroleurs bis zum 1. Januar d. Jahres 888,5 Mill. Rubel.

** **Hölzer an der russischen Grenze.** In der „Tils. Ztg." lesen wir: Nachdem mit dem 1. Oktober die Bestimmungen über die Verzollung fremder Hölzer in Kraft getreten sind, sind zum Schluß des diesjährigen Holzgeschäftes noch mehrere Triften russischen Holzes in Schmalleningken eingetroffen und verzollt worden. Um die Höhe der Zollsumme zu finden, ist es nöthig gewesen, die ganze Trift, Stamm für Stamm nach Wipfel, Stammende und Mitte zu durchmessen und danach den kubischen Inhalt zu berechnen. Natürlich ist diese Methode sehr mühsam und zeitraubend und bei einiger Lebhaftigkeit des Geschäfts unanwendbar. Es ist daher, nachdem der General-Steuerdirektor Hasselbach bereits im September mit den Holzhändlern Königsbergs und Tilsits konferirt hatte, eine Verordnung ergangen, welche den Modus der Verzollung in vereinfachender Weise ordnen soll. Danach haben bereits die Eigenthümer der Flöße jenseits der Grenze den Kubikinhalt der Triften, wie der einzelnen Tafeln, aus denen die Triften bestehen, zu ermitteln und spezialisirte Listen darüber beim Eintreffen in Schmalleningken beim Zollamte einzureichen. Bei der Revision soll nicht die ganze Trift durchgemessen werden, die Listen gelten für richtig, wenn der revidirende Beamte die Angaben derselben mit seinen Ermittelungen auch nur über eine Tafel in Uebereinstimmung gefunden hat. Findet sich dabei eine Differenz, so verfällt der Eigenthümer in Konventionalstrafe und muß warten, bis sich Zeit findet, die ganze Trift durchzumessen; das kann vielleicht den ganzen Sommer dauern. Die hiesigen Holzhändler und Spediteure haben ihren Geschäftsfreunden in Rußland von den Bestimmungen dieser Verfügung Nachricht gegeben. Welche Gefahren die oben skizzirte Revisionsmethode für die Integrität des Charakters des funktionirenden Beamten in seinem Gefolge hat, dürfte ohne weitere Auseinandersetzung klar sein. Hegen wir von unseren Beamten die besten Hoffnungen und möge uns ihr Pflichtgefühl vor russischen Zuständen bewahren. Die für das Ausland bestimmten Hölzer sollen, wenn sie als solche deklarirt werden, unversteuert eingelassen werden, werden aber am Ort der Abgabe bis zur Ausfuhr der Kontrole der Beamten unterstellt. Natürlich werden sich dabei allerhand Weiterungen ergeben, und in Erwartung solcher haben, wie wir hören, die königsberger Holzhändler bereits beschlossen, keine Transitläger zu halten. Damit verzichten sie so ziemlich auf das überseeische Geschäft überhaupt, da es schwer halten wird, für das durch den Zoll vertheuerte Holz einen Markt zu finden. Der russische Kaufmann wird, von allem Anderen abgesehen, das Holz um die Differenz des Zolles billiger stellen können. In Memel, dessen ganze Bedeutung auf dem Exportgeschäft beruht, wird man versuchen, der Schwierigkeiten Herr zu werden und sich zur Anlage von Transitlägern bequemen. Die Einkünfte des Staates aus dem Holz dürften übrigens recht ansehnlich werden. Der Kbm. Holz hat einen Zoll von 60 Pf. zu tragen, das giebt für eine einzige Trift von 5—6 Schock eine Summe von ca. 300 Mk. Das gilt freilich nur unter der Voraussetzung, daß das russische Holz nicht andere Wege nimmt, als durch die preußische Zolllinie. Und andere Wege scheint es zu nehmen.

⊛ **Dresden,** 6. Dezember. [Produkten-Bericht von Wallerstein und Mattersdorff.] Ende dieser Woche machte sich im hiesigen Getreidegeschäft eine festere Stimmung geltend, und erfuhren auch Preise eine kleine Aufbesserung.

Der Umsatz war allerdings ohne großen Belang, da Konsumenten, die durch Landzufuhren genügend versorgt werden, nur Weniges an der Börse kaufen.

Wir notiren:

Weizen	inländisch, weiß	225—238	Mark.
=	= gelb	218—228	=
=	fremd, weiß	— — —	=
=	= gelb	— — —	=
Roggen	inländisch	175—182	=
=	galizisch, russisch	160—165	=
Gerste	inländisch	170—190	=
=	böhmisch, mährisch	180—210	=
=	Futterwaare	130—140	=
Hafer	inländisch, böhmischer, mährischer	132—142	=
Mais	amerik. 147, rumänisch	150—160	=
	Per 1000 Kilo Netto.		

** **Leipzig,** 6. Dezember. [Produktenbericht von Hermann Jastrow.] Wetter: hell. Wind: W. Barom., früh 27/6". Thermometer, früh — 8°.

Weizen unverändert, pr. 1000 K. Netto loko 224—230 M. bez. Roggen unverändert, pr. 1000 K. Netto loko hies. 178—183 M. bez., do. russ. 172—178 M. bez. — Gerste pr. 1000 K. Netto loko hiesige 176—193 M. bez., do. Chevalier 210—225 M. bez. — Malz pr. 50 K. Netto loko 14,75—15,50 M. bez. — Hafer pr. 1000 K. Netto loko 140—144 M. bez., do. russ. —, do. böhm. —, do. schlesische —. Mais pr. 1000 K. Netto loko amerik. 154 M. bez., do. rumän. 162 M. bez. — Wicken pr. 1000 K. Netto loko —, do. galiz. —, Erbsen pr. 1000 K. Netto loko große 230—260 M. bez., do. kleine 185—205 M. bez. u. Br., do. Futter 168—175 M. — Bohnen pr. 100 K. Netto loko 23—25 M. bez. u. Br. — Lupinen pr. 1000 K. Netto loko gelb 113—115 M. bez. u. Brf. — Oelsaat pr. 1000 K. Netto. — Raps 240—245 M. bez. — Oelkuchen pr. 100 K. loko hies. 14 M. Br. — Rüböl unverändert, rohes pr. 100 K. Netto ohne Faß loko 56,50 M. bz., pr. Dezember-Januar 56,50 M. Br., pr. Januar-Februar 56,50 M. Br. — Leinöl pr. 100 K. Netto ohne Faß 69 M. — Mohnöl pr. 100 K. Netto ohne Faß loko hiesiges 126—130 M. Br., do. ausländ. 94 M. Br. — Kleesaat pr. 50 K. Netto loko weiß n. Qu. —, do. roth n. Qu. —, do. schwed. n. Qu. — Spiritus höher pr. 10000 L. pCt. ohne Faß loko 61 M. Gd. d. 1. Dezbr. loco 59,60 M. Gd., d. 2. Dezbr. loco 59,20 M. Gd., d. 3. Dezbr. loco 59,60 M. Gd., d. 4. Dezbr. loco 59,80 M. Gd., d. 5. Dezbr. loco 60,30 M. Gd. — Mehl pr. 100 K. excl. Sack Weizenmehl Nr. 00 39 M., do. Nr. 0 33—34 M., do. Nr. 1 28 M., do. Nr. 2 19 M., do. Nr. 3 17 M. Roggenmehl Nr. 0 24,50—26,50 M. im Verband, do. Nr. 1 24,50—26,50 M. im Verband, do. Nr. 2 13—14 M. — Weizenschaale pr. 100 K. excl. Sack loko 9,00 M. — Roggenkleie pr. 100 K. excl. Sack loko 11,00 M.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Produkten-Börse.

Stettin, 9. Dezbr. (An der Börse.) Wetter: bewölkt. Temperatur + 3° R. Morgens — 5° R. Barom. 28,10. Wind: NO. — Weizen fester, per 1000 Kilo loko gelber inländischer 208—228 M., weißer 208 bis 230 M., per Dezember 228 M. nom., per Frühjahr 236,5—237,5 M. bez. — Roggen fester, per 1000 Kilo loko inländischer 166—171 M., Russischer 157—163 M., per Dezember 165 M. bez., per Frühjahr 168,5—170 M. bez., per Mai-Juni 169 Mk. bez. — Gerste flau, per 1000 Kilo loko Brau- 144—154 M., Futter- 125 bis 130 M., Chevalier 165—172 M. — Hafer stille, per 1000 Kilo loko inländ. 132 bis 140 M. — Erbsen geschäftslos. — Winterrübsen stille, per 1000 Kilo 215—235 M., per April-Mai 248 M. nom., per September-Oktober 259 M. nom. — Winterraps per 1000 Kilo loko 220 bis 240 M. bez. — Rüböl unverändert, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 57 M. Br., per Dezember 54,5 M. bez., per April-Mai 56 M. Br., 55,5 M. Gd. — Spiritus fest, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 59,8—60 M. bez., kurze Lieferung 59,9 M. bez., per Dezember, per Dezember-Januar und per Januar-Februar 59,5 M. bez. und Gd., per Frühjahr 61,5—61,8—61,7 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 62,4 bis 62,5 M. bez. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 228 M., Roggen 165 M., Rüböl 54,5 M., Spiritus 59,5 M. — Petroleum loko 9,2 M. tr bez., Regulirungspreis 9,2 M. Dezember — M. tr. bez.

(Ostsee-Ztg.)

Marktpreise in Breslau am 8. Dezember 1879.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		guter Höchster M. Pf.	guter Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	geringe Waare Höchster M. Pf.	geringe Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	22 30	21 90	21 20	20 60	20 20	19 40
Weizen, gelber		21 40	21 20	20 60	20 20	19 80	18 80
Roggen,		17 —	16 70	16 40	16 10	15 90	15 50
Gerste,		17 —	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer,		13 80	13 60	13 20	13 —	12 80	12 40
Erbsen		19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70

Pro 100 Kilogramm	fein		mittel		ordinär	
Raps	23	—	22	—	20	—
Rübsen, Winterfrucht	22	25	21	—	19	—
Rübsen, Sommerfrucht	22	—	19	75	17	—
Dotter	21	—	19	—	16	—
Schlagleinsaat	25	50	23	50	20	—
Hanfsaat	17	50	16	50	15	—

Kleesamen stärker zugeführt, rother niedriger, per 50 Klgr. 40—45 bis 50—53 Mk. weißer ruhig per 50 Kilogr. 47—56—68—72 Mk. hochfeiner über Notiz bezahlt. — Rapskuchen behauptet per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 Mk. — Leinkuchen ohne Aenderung, per 50 Kilo 9,70—9,90 Mk. — Lupinen ohne Frage, per 100 Kilgr. gelbe 8,00—8,60—9,10 Mk. blaue 8,00 bis 8,50—9,00 — Thymothee sehr fest, per 50 Kilgr. 18—20—24 Mrk. — Bohnen: gut verkäuflich, per 100 Kilogramm 20,00—21,00 bis 21,50 Mark. — Mais, gut behauptet, per 100 Kilogr. 13,60 bis 14,00—14,70 Mark. — Wicken: ohne Angebot, — per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 Mark. — Heu, per 50 Kilogr. 2,70 bis 3,00 M. — Stroh: per Schock 600 Kilogramm 20,00—23,00 M. — Kartoffeln per Sack (2 Neuscheffel a 75 Klgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00—3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuscheffel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Ltr. 0,10—0,15 Mark. — Mehl: ohne Aenderung, per 100 Kilog. Weizen fein 31,00—32,00 M. — Roggen fein 27,00 bis 28,00 M. Hausbacken 26,90 bis 27,00 M., Roggen-Futtermehl 10,20—11,00 M. Weizenkleie 9,10 bis 9,50 M.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Ostsee.	Thermometer.	Wind.	Wolkenform.
8. Dez.	Nachm. 2	28" 6'''17	—14°3	N 1-2	ganzheiter
8. =	Abnds. 10	28" 6'''83	—18°7	N 0-	ganzheiter
9. =	Morgs. 6	28" 6'''58	—20°4	NW 0-1	halbheiter St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 7. Dezember Mittags 0,76 Meter.
= = 8. = = 1,12 =

Laut Telegramm

sind die Hamburger Post-Dampfschiffe:

„Suevia", am 19. November von Hamburg und am 22. von Havre abgegangen, nach einer Reise von 10 Tagen 17 Stunden am 3. d. M. 1 Uhr Nachmittags wohlbehalten in Newyork angekommen; „Wieland", am 26. November von Hamburg abgegangen, am 27. Novbr., Abends 11 Uhr in Havre angekommen und von dort am 29. November die Reise nach Newyork fortgesetzt. „Westphalia", am 20. November von Newyork abgegangen, am 1. d. M. 11½ Uhr Morgens in Plymouth angekommen, Cherbourg am 2. passirt und am 4. d. M. in Hamburg eingetroffen. Das Schiff überbrachte 70 Passagiere, 174 Briefsäcke und volle Ladung.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.